Nr. 77. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

10 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 6,75 Mk., monatl. 2,25 Mk. freiins Haus vorausgabeln. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,25 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3,00 Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk., bei täglich einmaliger Zustellung 7,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Zeitungspreisliste.
Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 60 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 30 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 15 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 11. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die neue Regierung.

Weimar, 11. Februar, 1 Uhr 45 Min. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Die neue Regierung ist soeben zustandegekommen. Die Sozialdemokraten entsenden in das Kabinett: Scheidemann (Ministerpräsident), Landsberg (Justiz), Noske (Heer und Marine), Wissel oder Hue (Wirtschaftamt), Bauer (Arbeitsamt), David und Wissel oder David und Hue (ohne Portefeuille). Außerdem stellt die Sozialdemokratie Unterstaatssekretäre im Reichspostamt, Reichsfinanzamt und Reichsschatzamt. David scheidet durch seinen Eintritt in die Regierung aus dem Präsidium der Nationalversammlung aus. Für ihn tritt Heinrich Schulz als Vizepräsident in das Präsidium ein.

Die bürgerlichen Regierungsmitglieder sind die folgenden: Vom Zentrum: Erzberger (ohne Portefeuille), Giesberts (Post), Herold (Ernährungsamt). Der letztere hat bisher jedoch noch nicht angenommen. Es ist möglich, daß hierfür noch ein anderes Mitglied der Christlichen Volkspartei in Frage kommt.

Von den Demokraten: Preuß (Vizepräsident und Inneres), Schiffer (Finanzen), Petersen (Reichsschatzamt). Auch der letztere Name steht noch nicht fest.

Die Wiedererstehung der Arbeiterinternationale.

Das Band der internationalen Arbeiterbewegung ist wieder geknüpft. Nach vielen Jahren Krieg und nach der unglücklichen Leidenschaft, deren Feuer die Interessensolidarität der internationalen Arbeiterschaft zu zerfressen drohte, ist die Internationale in Bern in den Tagen vom 3. bis zum 10. Februar wieder aufgerichtet worden. Wie hoch dieser Vorgang zu werten ist, wird sich erst bei der Gestaltung des Völkerbundes und bei der endgültigen Friedenskonferenz, die dieses große Weltunglück abschließen soll, zeigen.

Die internationalen Sozialisten, und die internationalen Gewerkschaftsvertreter gleichzeitig, die durch vieljährigen Krieg getrennt und gegeneinander gerichtet waren, haben sich zu friedlicher, gemeinsamer Zukunftsarbeit wieder zusammengetan und glücklich die große Geste gefunden, an der sich die Hoffnungen des internationalen Proletariats und der gesamten Menschheit wieder aufrichten können.

Wie überragend stark das Gefühl internationaler Verantwortung in der internationalen Arbeiterschaft geworden ist, bewies der versöhnliche Geist in Bern, der auch durch lebhafteste Kontroversen nicht erschüttert werden konnte. Selbst bei der gefährlichsten Erörterung, bei der Diskussion über die territoriale Neugestaltung der einzelnen Länder zeigte sich der unüberwindliche Schwung großartigster Versöhnlichkeit. Auf ihr beruht der glückliche Ausgang der Konferenz in Bern und die herrliche Uebereinstimmung, die sich in allen Beschlüssen ausgedrückt hat.

Ueber Krieg und Greuel hinweg, über national entfachte Leidenschaften, über Grom und Verbitterung, über Feindseligkeiten und Gehässigkeit, über Sieg und Niederlage haben sich die internationalen Proletarier wiedergefunden, um die feste Kette zu bilden, die sonst ihnen Kraft verliehen hat und die stark genug ist, den Anker der Hoffnung der internationalen Arbeiterschaft zu tragen.

Darin wurzelt die große Freude, die die Sozialistenwelt über den Ausgang des Berner Kongresses erfüllt. Und darin die Ueberzeugung, daß nach all den Wirrnissen dieser Kriegsjahre der Weg zum Völkerglück wiedergefunden werden muß.

Der letzte Bericht.

Bern, 10. Februar. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Ueber „Diktatur und Demokratie" berichtete **Branting** und legte namens des Ausschusses eine Entschließung vor, in der es u. a. heißt: Die Konferenz begrüßt die gewaltigen Umwälzungen in Rußland, Oesterreich und Deutschland und fordert die Arbeiter aller Länder auf, demokratisch-revolutionäre Einrichtungen anzustreben, in deren Rahmen sich politische Umwälzungen vollziehen sollen. **Die Konferenz steht nach wie vor auf dem Boden der Demokratie, die auf der Freiheit in Rede und Schrift, auf dem gleichen allgemeinen Wahlrecht und der Koalitionsfreiheit beruht.** Die Sozialisierung der Betriebe muß planmäßig erfolgen; die willkürliche Uebernahme einzelner Betriebe durch kleine Gruppen von Arbeitern ist nicht als Sozialisierung anzusehen. **Eine sozialistische Entwicklung ist nur dann durchführbar, wenn sie von vornherein die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Jeder Versuch zur Diktatur eines kleinen Teils des Proletariats ist der sozialistischen Entwicklung gefährlich.** Auf dem nächsten Kongreß soll die Frage des Bolschewismus behandelt werden; ein Ausschuß soll diese Frage an Ort und Stelle in Rußland untersuchen.

Macdonald (England) erklärte in der Aussprache, ihm handele es sich darum, dem **Sozialismus aller Länder eine gemeinsame Richtung** zu geben. Er warnte die Pariser Konferenz davor, durch ihre Beschlüsse dem Bolschewismus zu weiterer Verbreitung zu verhelfen. Infolge allgemeiner Unruhe während der Aussprache vertagte Huysmans die Sitzung um 1 Uhr nachts.

Bern, 10. Februar. Die heutige **Schlußsitzung der Internationalen Sozialistenkonferenz** beendete die Aussprache über das Thema Demokratie und Diktatur.

Loriot (Frankreich) gab eine Erklärung ab, daß eine Stellungnahme gegen den Bolschewismus zur Unterstützung der bourgeoisistischen Politik Wilsons beitragen würde. Die russische Revolution habe zu viel für den Sozialismus getan, als daß man sie brandmarken könne.

Axelrod (russischer Menschewist) **stellt fest, daß der Bolschewismus nicht eine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat sei. Der Kongreß müsse eine Untersuchungskommission nach Rußland entsenden, weil die Bolschewisten nur die Rückkehr der Reaktion ermöglichen, gegen die der Sozialismus stets gekämpft habe.**

Friedrich Adler (Oesterreich) bringt eine von ihm, der französischen Longuetgruppe, der norwegischen Delegation und dem Deutschen Herzfeld unterzeichnete Erklärung ein, die sich gegen die Brandmarkung der russischen Zustände verwahrt, solange noch keine neuen Nachrichten vorliegen und die Gegenseite nicht persönlich gehört ist.

Darüber entspann sich eine erregte Erörterung.

In der Nachmittagssitzung spottete **Troelstra** (Holland) über die Demokratie, die jetzt gegen den Bolschewismus arbeite und ihren Sitz im Palais Bourbon oder im Credit Lyonnais habe, andererseits wies er darauf hin, daß der Bolschewismus die Grundsätze der Demokratie verloren habe.

Gawronski (russischer Sozialrevolutionär) **erklärt, die Bolschewisten hätten zwar das große Eigentum beseitigt, dafür aber das ganze Volk verelendet.**

Kautsky lehnt die Resolution Adlers ab und unterstützt die Mehrheitsresolution. Das wichtigste Problem sei jetzt die Hebung der Produktion. **Die Bolschewisten hätten den Sozialismus durchführen wollen, aber nichts anderes erreicht, als eine neue Form des Militarismus.**

Henderson stellt im Namen der britischen Delegation fest, daß die Bolschewisten nach Bern hätten kommen können. Sie hätten das nicht getan, weil sie genau wußten, daß ihre Grundsätze unvereinbar seien mit denen der Internationale.

Bernstein (Deutschland), **dem die deutschen Mehrheitsparteiler das Wort abgetreten haben, erklärt unter allgemeinem Beifall als Gast, für England und Frankreich sei der Bolschewismus nur eine theoretische Frage, für Deutschland aber eine praktische Frage, von der Leben und Tod der deutschen Republik abhänge. Der Bolschewismus könne nicht mit dem Proletariat und der Revolution identifiziert werden. Bernstein ist erstaunt, daß die Internationale nicht darauf hinweise, daß die Bolschewisten alles getan hätten, was die reaktionärste Regierung nicht getan habe. Der Bolschewismus sei der Tod der Errungenschaften der Revolution. Das hätten die eigenen Berichte der Bolschewisten erkennen lassen. Eine Kommission zur Untersuchung des Bolschewismus sei daher jetzt nur noch zu dem Zweck nötig, um festzustellen, daß ein zerrüttetes System am Ruder sei, daß auch die anderen Staaten zerrütten wolle. Der Bolschewismus habe die Korruption in Rußland eingeführt und wolle sie auch in die Internationale einführen, wie er es schon in Deutschland getan habe. Der Sozialismus dürfe in keiner Weise mit dem Bolschewismus zusammenarbeiten, da er, und das gelte besonders für das industriereiche Deutschland, den Hungertod des Proletariats bedeuten würde.**

Branting führt dann in seinem Schlußwort aus: Obwohl die Meinungen wiederholt aufeinander geplatzt sind, können wir feststellen, daß nach den Erklärungen des Kongresses und besonders nach der Klärung einer Frage, die ich nicht hier aufrollen will,

die Internationale wieder erstanden

ist. Sie muß auf demokratischem Wege jetzt wieder wirken im Sinne des Sozialismus. Ihr Ziel ist der demokratische Völkerbund, so wie er von dem Kongreß beschlossen worden ist, das heißt, ein Völkerbund ohne Ausschluß irgend einer Nation. Wir hoffen, daß das große Ziel erreicht wird auf Grund der Prinzipien, die Wilson für die Demokratie der ganzen Welt aufgestellt hat und wegen welcher er im Kampfe liegt mit gewissen imperialistischen Strömungen. Voraussetzung dieses Völkerbundes ist, daß ein dauernder und gerechter Friede geschlossen wird. (Lebhafter Beifall.)

Praktischer Sozialismus.

Noch ein Beitrag zur Arbeitslosenfrage.

Von Erwin Barth.

Der Kernpunkt unserer großen wirtschaftlichen Not ist der verminderte Produktionsertrag der deutschen Volkswirtschaft und die gleichzeitige riesenhafte Arbeitslosigkeit, die unsere Wirtschaftskraft noch mehr schwächen muß, wenn sie nicht raschestens behoben werden kann.

In der Beschaffung von Arbeit für Arbeitslose ist zurzeit in Deutschland noch sehr wenig Praktisches geschehen. Man bringt wohl den ernsten Anforderungen, die dieses Problem stellt, Verständnis entgegen, aber es fehlt die Initiativkraft, das Verständnis in rasch wirkende Aktion umzusetzen. Bisher sind es hauptsächlich die Gemeinden gewesen, die durch Bereitstellung von Notstandsarbeiten versucht haben, die unproduktiven Geldausgaben zur Unterstützung Arbeitsloser durch Bereitstellung von nützlicher Arbeit zu bekämpfen. Aber auch die Gemeinden haben große Schwierigkeiten, weil der Umfang der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel sie zu weisester Sparsamkeit zwingt. Alle Geldausgaben für die Arbeitslosen müssen ja von der Allgemeinheit aufgebracht werden. Und der wirkliche Arbeitsertrag steht sehr häufig hinter dem zurück, was an Geldmitteln für solche Arbeiten ausgegeben wird. Wir sind jüngst erst in einer größeren Mittelstadt sowohl von amtlicher Stelle als von seiten des Arbeiterrates gleichlautende Mitteilungen gemacht worden, daß die in Angriff genommenen Notstandsarbeiten unverhältnismäßig hohe Ausgaben erfordern, und daß das Arbeitsresultat so teuer wird, daß die Gefahr besteht, aus Mangel an Mitteln in kürzester Zeit den ganzen Betrieb einstellen zu müssen.

Der Gedanke des Sozialismus ist in der Arbeiterschaft stärker lebendig als die Klarheit, daß gerade der Sozialismus eine höhere Produktivität, einen größeren Reichtum bringen soll. Die Akkordarbeit ist beseitigt. Die Bezahlung der wirklichen Arbeitsleistung findet durch die allgemeine Einführung von Zeitlöhnen ihr Ende. Es besteht eine gewisse Unlust zu intensiver Arbeit, weil man vermeiden will, daß der private Unternehmer sich auf Kosten der Arbeiter bereichert. Die üblen Folgen, die daraus für die von der Allgemeinheit, also nicht von einzelnen Privatunternehmern ausgeführten Notstandsarbeiten sich ergeben, können nur durch eine sozialistische Regelung der Ausführung der Notstandsarbeiten behoben werden.

Man könnte für jeden Komplex von Notstands- und sonstigen für die Beschäftigung von Arbeitslosen geeigneten öffentlichen Arbeiten eine Genossenschaft der dazu aufgeforderten Arbeitslosen gründen, die als Unternehmer der Stadt oder dem Staat gegenüber auftritt. Das Arbeitsgebiet kann man genau abstecken und die Kosten für die Durchführung durch gemeinsame Verständigung festsetzen. Die Arbeitslosen selbst übernehmen dann als Unternehmungsgenossenschaft die Ausführung der Arbeit zu dem festgesetzten Preise und von Amtsseite wird lediglich das technische Leitungspersonal und der Bureauapparat der Arbeitslosengenossenschaft zur Verfügung gestellt.

Ich will das an einem praktischen Beispiel näher erläutern: Die Stadt X hat einen neuen Straßenzug anzulegen oder der Bundesstaat R. hat ein Stück Unland zu kultivieren. Die Behörde hat dafür die nötigen Pläne bereits zur Hand und sie läßt einen Kostenvoranschlag ausarbeiten. Nach Plan und Voranschlag werden zur Ausführung dieser Arbeit 500 Arbeitslose für 6 Monate Dauer benötigt. Bei Zugrundelegung eines wöchentlichen Arbeitslohnes von 60 Mk. würden nach dem Voranschlag 780 000 M. für Arbeitslöhne notwendig sein. Diese Lohnhöhe ist ganz willkürlich und wird in einzelnen Orten höher, in anderen niedriger sein müssen. Nun werden die 500 Arbeitslosen aufgerufen und festgestellt und noch am selben Tage auf Grund des bereits vorliegenden Organisationsstatuts zu einer Genossenschaft zusammengefügt. Der Genossenschaftsrat der Arbeitslosen gemeinsam mit dem Vorstand des Gewerkschaftskartells und dem Arbeiterrat werden von den Amtsbehörden zur letzten Besprechung und Verständigung zusammengerufen. Dabei wird erklärt, daß die Arbeitsgeräte und die eventuelle Unterkunft kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten dafür sind ebenso wie die Ausgaben für das technische Hilfspersonal bei der Kostenaufstellung zu berücksichtigen. Man einigt sich also beispielsweise auf den vorbereiteten Kostenanschlag.

Nun gehen die Arbeitslosen, die zugleich Unternehmer und Arbeiter sind, nach den Weisungen des technischen Personals ans Werk und haben die Arbeit für den

vereinbarten Preis zu leisten. Geht die Arbeit rasch vonstatten, werden die Löhne natürlich steigen. Wird sie weniger intensiv geleistet, so sinken die Löhne.

Der Arbeitslosengenossenschaftsrat teilt nun die Arbeit mit Hilfe des technischen Personals in einzelne Lose ein und stellt zugleich den Gesamtlohn dafür, der etwas niedriger sein muß, als die Berechnung nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und der zu leistenden Gesamtarbeit ergibt, fest. Die Teilgruppen der Arbeitslosen haben also die Möglichkeit, durch besonders intensive Arbeit ihr Einkommen entsprechend zu erhöhen. Es ist damit eine Form der Bezahlung geschaffen, die in genauem Einklang mit der wirklich geleisteten Arbeit steht. Wird flott gearbeitet, so werden natürlich nach Beendigung des gesamten Werkes Ueberschüsse des angewiesenen Gesamtarbeitslohnes vorhanden sein. Diese Ueberschüsse sind dann unter die mitwirkenden und bis zum Schlusse aushaltenden Arbeitslosen zu verteilen.

Es gibt keinen Antreiber, es gibt keinen Privatunternehmer, der den Arbeitern den Mehrwert abnimmt und sich unrechtmäßig bereichert. Die Arbeitslosen selbst nehmen die Früchte ihrer Arbeitstätigkeit restlos für sich. Und sie werden dadurch angereizt, jeden ihrer Mitarbeiter im eigenen Interesse zu bester Anstrengung bei der Arbeit anzuhalten. Wer sich besonders um die Arbeit drückt, der schädigt seine Mitarbeiter, und diese werden ihn durch Mehrheitsbeschluß von der weiteren Teilnahme an der Arbeit ausschließen können. Die derart von ihren eigenen Schicksals- und Arbeitsgenossen ausgeschlossenen Arbeiter verlieren damit auch den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Bei Arbeiten, die weit vom Wohnort entfernt liegen und die Trennung des Arbeitslosen von seiner Familie, also einen eigenen Haushalt für den Arbeitslosen erfordern, sind seitens der Gemeinde die Beträge für die Familienunterstützung weiter zu bezahlen, um den Arbeitslosen die Sorge für ihre Familien zu erleichtern.

Auf diesem Wege, der Sozialismus und gleichzeitig Arbeitslosenfürsorge und praktische Wirtschaftspolitik ist, können die Interessen der Allgemeinheit gleichzeitig mit den besonderen Bedürfnissen der Arbeitslosen glücklich verknüpft werden und kann eine große Beruhigung unter die um die Zukunft ihrer Existenz schwer besorgten Arbeitslosen getragen werden.

Eine Rede Clemenceaus.

Er schärft das Mißtrauen gegen Deutschland.

Paris, 10. Februar. (Havas.) Clémenceau machte einem Vertreter der Associated Preß folgende Erklärungen:

Ich habe gesagt, daß der Krieg gewonnen sei. Es ist vielleicht zu viel gesagt, wenn man sagt, es sei eine Pause im Sturm eingetreten, aber man muß alle Möglichkeiten ins Auge fassen. Neuerdings gemachte Enthüllungen gaben mir Gelegenheit, in die Pläne des Feindes einzusehen, besser, als man es früher vermochte. Es gab nicht nur einen Traum der militärischen Herrschaft Preußens, es gab auch eine tief angelegte Verschwörung zur Vernichtung Frankreichs, sowohl in kommerzieller und industrieller Hinsicht, als auch in militärischer. Es ist sehr schwer, die Industrie Frankreichs wieder ins Leben zurückzurufen. Deutschland dagegen hat alle seine Werke in Ordnung halten können und kann sie sofort wieder in Betrieb setzen. In kommerzieller und industrieller Hinsicht ist beim Kampf zwischen Frankreich und Deutschland dem letzteren der Sieg geblieben. Was die Finanzen anbelangt, so sind die deutschen Kriegsschulden infolge der Blockade ausschließlich inländische, deren Zahlung leicht verweigert werden kann, während Frankreich seine Schulden bezahlen muß. Die Guthaben, die Frankreich vor dem Kriege im Auslande gehabt hat, belaufen sich auf 50—60 Milliarden, von denen im günstigen Falle vielleicht zwei Drittel nachträglich wieder hereinkommen können.

Was die militärische Lage angeht, so hat die gegenwärtige Lage gewiß etwas Beunruhigendes. Die Alliierten haben allerdings die deutsche Marine beschlagnahmt und den Feind entwaffnet, aber es bleibt noch das chaotische Rußland, woher die deutschen Truppen Hilfe beziehen könnten, wenn die englische Armee demobilisiert und die amerikanische nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist. So stände Frankreich isoliert da und dann könnte die Gefahr entstehen, daß Deutschland den Streit mit Waffengewalt wieder aufnimmt. Dies müßte große Beunruhigung hervorrufen, wenn nicht Wilson seine Zusicherungen gegeben hätte. Alle unsere Pläne bauen sich auf der großartigen Grundlage auf, die Wilson gelegt, und auf den Prinzipien, die er verkündet hat. Wir haben keine käuflichen Aspirationen und wir setzen unser ganzes Wissen und Können zur Schaffung einer besseren Welt ein, damit die ganze Menschheit in Gerechtigkeit leben kann.

Clémenceau weiß natürlich ganz genau, daß Deutschland außerstande ist, den Krieg neu aufzunehmen. Wenn er trotzdem dieses Gespenst an die Wand zeichnet, so nur darum, um der sehr schwachen Position seiner Racheabsichten mehr Kraft zuzuführen und die weit vernünftiger und kühler denkenden Amerikaner und Engländer vor seinen Karren zu spannen. Das dürfte ihm aber kaum gelingen.

Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen.

Auslieferung weiteren Kriegsmaterials.

Paris, 10. Februar. (Havas.) Diplomatischer Situationsbericht. Am Montagnachmittag wird der Oberste Interalliierte Kriegsrat voraussichtlich die Prüfung der Bedingungen abschließen, die in das Waffenstillstandsabkommen einzufügen sind, wenn der Vertrag am 18. Februar erneuert wird. Im Laufe der beiden vorangegangen, am Freitag und Sonnabend abgehaltenen Sitzungen prüfte der Oberste Kriegsrat die Fragen der Demobilisierung und Abrüstung in Deutschland, um diesem unmöglich zu machen, die Feindseligkeiten wiederaufzunehmen, wenn es je daran denken sollte. Zu diesem Zweck erheben die Alliierten Einspruch bei der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spa gegen die Nichtausführung gewisser Bestimmungen, und sie müßten eine Bestandsangabe fordern über das Kriegsmaterial, das zurzeit in Deutschland vorrätig ist bzw. sich in den Fabriken in Arbeit befindet. Es ist sogar wahrscheinlich, daß der Oberste Kriegsrat zur größeren Sicherheit die Auslieferung größerer Mengen Kriegsmaterial: Geschütze, Maschinengewehre und Flugzeuge, fordern wird. Außer mit diesen Fragen wird sich der Oberste Kriegsrat mit der Frage der polnischen Grenze, den zu haltenden Truppenbeständen der Alliierten und der Blockade befassen. Wenn der Waffenstillstand nicht vor dem 18. Februar unterzeichnet werden kann, so wird das jetzige Uebereinkommen einfach um einige Tage verlängert werden, bis der neue Wortlaut angenommen worden ist.

Belagerungszustand in Culmsee und Umgegend.

Polnische Gewalttaten.

Auf Antrag der 35. Infanteriedivision ist der Belagerungszustand auf Grund der Vorgänge vom 28. Januar 1919 über Culmsee verhängt worden und mußte auch auf eine Anzahl Ortschaften der Umgegend von Culmsee ausgedehnt werden. Es sind dies Ostichau, Bruschno, Biskupik, Eichenau, Gut Nawra, Glauchau, Hermansdorf, Lippiowitz, Steinau und Tilitz. Die Division hat in diesen Grenzgebieten durch die feindselige Haltung der Polen, die u. a. Fernsprechleitungen zerstören und den Truppen bewaffneten Widerstand leisten, nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Nationalversammlung für die Kriegsgefangenen.

Ein Demonstrationsantrag.

Der Nationalversammlung ist folgender von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag zugegangen:

„Die deutsche Nationalversammlung erhebt Einspruch gegen die Zurückhaltung von Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Gefangenen der Alliierten sind ihrer Heimat zurückgegeben. Es ist eine Forderung der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, daß auch die Leidenszeit der deutschen Kriegsgefangenen schleunigst beendet wird.

Die Nationalversammlung ruft die Neutralen und das Gewissen der ganzen Welt auf, sich mit ihr zu vereinigen in der Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den Gatten und Vater zurückzugeben, die, jahrelang von den Angehörigen getrennt, mit Ungeduld die Erlösung aus der Gefangenschaft erwarten.

Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenze den Gruß der Heimat zu.

Konflikt mit dem Münsterischen General-Soldatenrat.

Wie der „Münsterische Anzeiger" meldet, hat der Generalsoldatenrat des 7. Armeekorps eine Entschließung angenommen, in der die Verfügung der Reichsregierung über die Kommandogewalt und die Stellung der Soldatenräte nicht anerkannt wird. In den Richtlinien an die Bezirkssoldatenräte des 7. Korps heißt es u. a.: Die Kommandogewalt im 7. Korps liegt in den Händen des Generalsoldatenrates. Einziehungen dürfen nicht mehr erfolgen. Waffen dürfen nur im Wach-, Sicherheits- und Begleitdienst getragen werden. Rangabzeichen sind sofort zu entfernen. Vor Ausführung der Verfügungen im Armee-Verordnungsblatt ist jedesmal die Stellungnahme des Korps-Verordnungsblattes abzuwarten. Im Bereich des 7. Armeekorps darf kein Freiwilligenbataillon gebildet werden; jede Werbetätigkeit ist zu unterbinden, die Abreise von Freiwilligen ist zu verhindern. An Stelle des stehenden Heeres ist eine auf sozialer Grundlage aufgestellte Volkswehr zu bilden.

Der Kommandierende General des 7. Armeekorps hat die Reichsregierung um militärischen Schutz gegen die Durchführung der Beschlüsse des Generalsoldatenrats gebeten. Dieser militärische Schutz ist am Sonntag in Münster eingetroffen. Der Bezirkssoldatenrat der Stadt Münster steht nicht auf seiten des Generalsoldatenrats.

Es war nicht so ernst gemeint.

Deutsch-Demokraten zur Sozialisierung.

Wir hatten am Montag darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie in sozialpolitischen Fragen mitunter auf die Mitarbeit des Zentrums angewiesen sein werde, weil ein großer Teil der Deutschdemokraten mit dem Schlachtruf „Gegen die Sozialisierung" in den Wahlkampf gezogen ist. Dazu schreibt die „Vossische Zeitung":

> Der „Schlachtruf" gegen die Sozialisierung ist vielleicht an dieser oder jener Stelle als Parole im Wahlkampf aufgetaucht, doch keinesfalls haben sich ihn die Millionen deutschdemokratischer Wähler im ganzen Reiche zu eigen gemacht. Wahlparolen haben, wie der „Vorwärts" sehr wohl weiß, in der späteren politischen Arbeit keine Dauer wie Erz, sonst könnten die Sozialdemokraten mit dem im Wahlkampf Schulter an Schulter mit den äußersten Rechtsparteien stehenden Zentrum heute keine Regierung bilden. Für die sozialpolitische Haltung der Deutschdemokraten wird es auch von Bedeutung sein, daß hier so gut wie im Zentrum die Gewerkschaftssekretäre der demokratischen Arbeiter unter den Abgeordneten der in der Nationalversammlung sitzen.

Wir nehmen gern zur Kenntnis, daß die „Vossische Zeitung" von dem Wahlkampf der Deutschdemokratischen Partei gegen die Sozialisierung, der stellenweise nach Eugen Richterschen Methoden geführt wurde, abrückt. Daß aber dieser Wahlkampf nur ein Scheinmanöver war, müssen wir vor der Hand bezweifeln. Jedenfalls bleibt es abzuwarten, ob und wie weit die mehr sozial gerichteten Elemente unter den Deutschdemokraten, deren Existenz auch der Wortlaut unserer Notiz nicht , sich in der Partei durchsetzen werden.

Eichhorn in Braunschweig. Die „B. Z. am Mittag" behauptet, daß Eichhorn sich in Braunschweig befinde und wahrscheinlich dort im Schlosse wohne.

Der Künstler und das politische Wirken.

Der Dichter Bruno Frank, einer vom jungen Geschlecht, hat im Münchener „Politischen Rat geistiger Arbeiter" eine Rede gesprochen, die jetzt vom Musarion-Verlag unter dem Titel „Von der Menschenliebe" in Form eines kleinen Taschenbuches veröffentlicht worden ist. In der Rede lebt ein klar ausgerichteter Wille: aus zornigem Begreifen unserer Kulturnöte geboren, arbeitet er als lauteres Drängen der Tat. Wir geben aus der Rede das folgende Stück:

Als Victor Hugo an Voltaires hundertstem Todestag zu dessen Ehren sprach, da sagte er ungefähr: „Dieser Mann, er ganz allein, nahm den Kampf auf gegen die vereinigten Mächte des alten Regiments, gegen Hof, Adel und Plutokratie, gegen das abscheuliche Beamtentum, das so lastend war für den Untertan und so fügsam gegen die Großen, das vor dem Throne kniete auf der Brust des Volkes. Er, Voltaire ganz allein, wagte die Schlacht gegen diese furchtbaren angestammten Gewalten. Und was war seine Waffe? Seine Waffe war vernichtend wie der Blitzstrahl und leicht wie die Luft. Es war eine Feder."

Ein großer Mensch, ganz gewiß, dem man so etwas ins Grab nachrufen darf! Aber wenige, wenige sind so zu direkter Wirkung von der Natur auserwählt. Was ich Ihnen sagen will, ist dies: die Kunst braucht nicht Propaganda zu sein, um weiterzuführen auf dem Wege zur Menschenliebe und zur Freiheit. Sie muß nur selber erfüllt sein von einem freien und gütigen Geist. Politische Wirkung im direkten Sinn ist gar nicht immer ihre Sache. Dostojewski war, um im gewöhnlichen Jargon zu reden, ein politischer Reaktionär; aber der umfassende Gerechtigkeitswille, die tiefe Sehnsucht nach Mitleid und Güte, die seine Werke atmen, haben ganz gewiß mit dazu beigetragen, die Atmosphäre der Befreiung in Rußland zu schaffen. Ein Gleiches gilt in Deutschland von Artur Schopenhauer, diesem größten Künstler unter den Philosophen, der sich für einen Konservativen hielt, und dessen Mitleidslehre dennoch in Deutschland den tiefsten sozialisierenden Einfluß geübt hat. Nicht direkt freilich und offensichtlich. Es braucht nicht so zu sein, daß wie zur Zeit Hegels der Dienstmann an der Ecke die Schlagworte einer Philosophie im Munde führt. Sondern in tausendfach verästelten, unterirdischen Kanälen strömen Empfindungen und Ideen durch das Land und schießen auf in Blüten und Früchten, die vom Ursprung ihrer Kraft nichts wissen.

Der Aufruf, das Manifest, die politische Geste kann in Zeiten wie diesen von höchstem Werte sein. Aber vergessen wir darüber nicht die sanfte Ueberredung liebender Gerechtigkeit. Vor ein paar Monaten saß ich in Berlin im Theater, in einer gar nicht besonders guten Aufführung von Gerhart Hauptmanns „Hannele". Es war in einem Riesenhaus, der Volksbühne am Bülowplatz, die wohl dreitausend Menschen faßt, und dieses Riesenhaus war gefüllt. Ich erinnere mich noch der Bewegung, die an einer bestimmten Stelle durch den Raum ging. Sie kennen sie wohl alle, die Stelle, aber ich will sie Ihnen doch wörtlich ins Gedächtnis rufen. Es sind Verse, mit denen die Boten der Erlösung das mißhandelte, verhungerte Proletarierkind vor dem Sterben anrufen:

„Auf jenen Hügeln die Sonne,
Sie hat dir ihr Gold nicht gegeben,
Das wehende Grün in den Tälern,
Es hat sich für dich nicht gebreitet.

Das goldene Brot auf den Ackern,
Die wollt' es den Hunger nicht stillen,
Die Milch der weidenden Rinder,
Dir schäumte sie nicht in den Krug.

Die Blumen und Blüten der Erde,
Gesogen voll Duft und voll Süße,
Voll Purpur und himmlischer Bläue,
Dir säumten sie nicht deinen Weg."

Und dann beginnt der Trost:

„Wir bringen ein erstes Grüßen,
Durch Finsternisse getragen . . . ."

In diesem Augenblick ging es durch den großen Raum wie ein Wehen, körperlich spürbar, alle Hörer, die im Parkett und die ganz oben, verschmolzen miteinander in einem großen Gefühl, jedem wurde die Brust weit und das Herz groß vor Mitleid und vor Liebe. Glauben Sie nicht mit mir, daß diese sanften Verse, allabendlich wiederholt, ein wenig doch dazu beigetragen haben, den Weg frei zu machen für die Erhebung?

Jemand hat gesagt, der große Dostojewski sei gewiß kein besonders guter, sondern ein besonders böser Mensch gewesen, sonst hätte er sich nicht so inbrünstig nach Güte und Heiligsein gesehnt. Das Wort ist natürlich literatenhaft pointiert. Aber es enthält einen Kern von Wahrheit. Ja, auch ich meine nicht, daß der Künstler im ganzen ein reinerer, höherer, stärkerer Mensch sei als die andern. Eher glaube ich das Gegenteil. Nämlich, daß er seinen Trieben mehr unterworfen ist als ein anderer, vor allem den Trieben und bösen Lüsten seines Ehrgeizes. Aber was ihn heraushebt und legitimiert vor dem Geiste, das ist eines: das ist die Sehnsucht nach dem Andersein und seine Erkenntnis anderer Existenzformen. Sehnsüchtig liebendes Uns-Versenken in unsere Umwelt und leidenschaftliche Arbeitstreue, das scheinen mir noch immer die besten Wege zum großen Werk und zur beglückenden Wirkung. Und nicht zuletzt der innere Kampf gegen unsere kleinen Eitelkeiten.

Notizen.

— Vorträge. In der Urania wird am 13. und 15. Februar, abends 8 Uhr, Direktor Franz Goerke einen mit zahlreichen Bildern ausgestatteten Vortrag „Von Thorn bis Danzig, unser Weichselgebiet und die polnische Gefahr" halten. — Im Schillersaal Charlottenburg spricht Paul Schubring, Mittwoch abend, 8½ Uhr, über „Das altdeutsche Bildnis". Vier Vorträge 4 M.

— Theater. Im Lessing-Theater geht am 17. Februar Franz Herzegs Komödie „Der Blaufuchs" neueinstudiert in Szene.

— Eine staatliche Hochschule für Musik soll in Zukunft das Dresdner „königliche Konservatorium" ersetzen, das bisher in Händen von nur kaufmännisch interessierten Nichtfachleuten lag, denen die Ausbeutung ihrer Lehrer wie Schüler hohe Vermögen einbrachte, ohne sie zu sozialen oder künstlerisch fördernden Maßnahmen zu verpflichten. Diesem Unternehmer-Unwesen wird jetzt ein Ende gemacht werden.

Ein Ausschuß wird einen festen Plan für die neue Anstalt ausarbeiten. Der Komponist Paul Büttner, der dem Ausschuß angehört, fordert in der „Dresdner Volkszeitung", deren Musikreferent er ist, daß der Anstalt eine Grund- und Mittelschule als Vorbereitungsklassen angegliedert werden möchten.

— Aus astronomischen Zeitschriften. Das Geheimnis der Nordlichtstrahlen ist im Laufe der letzten 50 Jahre immer mehr enthüllt worden. Wie Dr. Archenhold, Herausgeber des „Weltalls", in Heft 7/8 mitteilt, ist der Einfluß der Sonnenflecken einwandfrei nachgewiesen worden. Es konnte sogar die Geschwindigkeit der Nordlichtstrahlen festgestellt werden: Das verschiedene Aussehen der Nordlichter, wovon zwei Beispiele an Abbildungen gegeben werden, hängt von der chemischen Natur der Nordlichtstrahlen ab. Ein Leser der Zeitschrift beschreibt zahlreiche Beobachtungen von Nordlichtern, die er im Felde am Rigaischen Meerbusen machen konnte. Im „Gestirnten Himmel" regt Dr. Archenhold zur Beobachtung eines ausgedehnten Nebels, der diesen Monat noch günstig im Sternbilde des Orion zu beobachten ist, durch Wort und Bild an.

— Das Zeichen des Geistes. Im Simplicissimus wird erzählt: Vor einigen Tagen stand ich im Gedränge zwischen drei hoffnungsvollen Jünglingen — zwölf- bis vierzehnjährigen — und hörte folgende Unterhaltung: „Sag' mal, Fritze, warum hast du denn den Jakob Meyer in den „Bund" aufgenommen? Intelligent ist der doch gerade nicht!" — „Mensch, August, du irrst du dich aber gewaltig. Der ist aus 'ner hochbejahten Familie . . . wat dem sein Vater für Schiebungen jemacht hat . . ?"

Ein Aufruf der Unabhängigen.

Die „Unerschrockenen — Prinzipiellen".

„An das revolutionäre Proletariat Deutschlands" richtet sich ein Aufruf, den die Parteileitung und Fraktion der U. S. P. D. an der Spitze der „Freiheit" veröffentlichen. Die Unabhängigen führen darin etwa die entgegengesetzte Sprache, wie vor sechs Wochen, als sie noch in der Regierung saßen. Während sie damals für die Schwierigkeiten in der äußeren und inneren Lage volles Verständnis hatten, sollen jetzt die Mehrheitssozialisten für alles verantwortlich sein.

Der Aufruf arbeitet mit ungeheuren Verdrehungen. So wird Ebert, Scheidemann, Noske, Landsberg vorgeworfen, sie stützte sich nur auf die Gewalt der Waffen. Das wagen die Unabhängigen nach dem Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung zu schreiben, bei denen die Mehrheitspartei 11 Millionen Stimmen, die U. S. P. D. nur 2 Millionen Stimmen erhielt. Einige Absätze später wird denselben Ebert, Scheidemann usw. vorgeworfen, daß sie ein Ministerium unter Heranziehung der bürgerlichen Parteien bilden. Also während oben die angebliche Militärdiktatur das Verbrechen der mehrheitssozialistischen Führer ist, wird ihnen unten als Verbrechen angekreidet, daß sie als gute Demokraten die Konsequenz der Volksabstimmung ziehen, die bekanntlich keine reinsozialdemokratische Mehrheit ergeben hat. Wer denkt da nicht an das alte Soldatenwort: Wie mans macht, ists verkehrt!

Am Schluß preist die U. S. P. D. ihre „unerschrocken prinzipielle proletarische Politik". Wir überlassen diese Worte dem Hohngelächter der „Roten Fahne", die sich bereits heute weidlich über den „Wechselbalg" der Doktoren Hilferding und Breitscheid lustig macht, die „das Rezept gefunden haben, wie man bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur einträchtig vereint". Der Spott der „Rothen Fahne" ist von ihrer Seite ebenso berechtigt, wie die Kritik, die wir von der unseren an den Breitscheid-Hilferdingschen Plänen geübt haben. Tatsächlich war die „unerschrocken prinzipielle proletarische" Politik der Unabhängigen nie etwas anderes als ein unklares, ziellosen, schwächliches Hin- und Herschwanken zwischen der Mehrheitspartei und den Spartakisten, mit unvorhergesehenen Schwenkungen bald nach der einen, bald nach der anderen Seite, mit einem Wort: nationalliberal.

Aus der Sitzung des Zentralrates.

In der Sitzung des Zentralrates vom 10. Februar wurde unter anderem ein Schreiben der Delegierten der Korps-Soldatenräte beraten, in welchem eine große Anzahl Forderungen formuliert waren, vor allem die Schaffung eines Reichssoldatenrates, die der Zentralrat in dieser Form als undurchführbar ablehnen mußte. — Am 13. Februar morgens wird eine Sitzung mit dem preußischen Staatsministerium stattfinden, auf deren Tagesordnung eine Fülle wichtiger preußischer Angelegenheiten steht. — Der Zentralrat fordert die zentralen A.- und S.-Räte noch einmal dringend auf, so schnell wie möglich ihre Adressen einzusenden.

Mehrheitssozialistischer S.-Rat in Hamburg

Bei der Neuwahl des Siebener-Ausschusses der Groß-Hamburger Soldatenräte wurden nach einer Meldung der „Voss. Ztg." 5 Mehrheitssozialisten gegen 2 Unabhängige gewählt. — Dieses Wahlresultat widerlegt schlagend die Behauptungen der unabhängigen und spartakistischen Presse über die angebliche Stimmung der Hamburger Soldaten.

Neue Unruhen in Hamburg.

Kampf mit Räuberbanden.

In der vergangenen Nacht ist es in Hamburg abermals zu Schießereien in der Nähe des Dammtorbahnhofes gekommen. Bewaffnete Banden haben einige Villen angegriffen, um sie zu plündern. Die Sicherheitswehr griff ein und es kam zu Gefechten. Der Hamburger Sicherheitsdienst liegt noch in Alarmbereitschaft.

112 Maschinengewehre.

Großer Waffenfund in Erfurt.

Erfurt, 11. Februar. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts.) Bei einer Waffenrazzia in Erfurt wurden neben einer großen Menge von Armeegewehren und Karabinern nicht weniger als 112 Maschinengewehre gefunden. Dieser in seiner ungeheuerlichen Menge hoffentlich vereinzelt dastehende Waffenfund gestattet einen Einblick in den Umfang des Heeresgutes, das sich in unkontrollierbaren Händen befindet.

Man begreift jetzt, warum die „Rote Fahne" sich so außerordentlich über die Besetzung Erfurts durch Regierungstruppen entrüstet hat!

Kämpfe bei Nakel.

Weitere Grausamkeiten der Polen.

Nakel, 11. Februar. Den Schutz der Stadt Nakel, die unter schwerem Artilleriefeuer liegt, hat das Freiwilligenkorps Brüssow übernommen, welches am 5. Februar Berlin verlassen hat. Das Korps sichert augenblicklich die Stadt und die umliegenden Ortschaften und steht in engster Fühlung mit dem Feinde, welcher über gut ausgebildete wohldisziplinierte Infanterietruppen verfügt. Einschläge der polnischen Artillerie erfolgen hauptsächlich am Bahnhof und auf dem Marktplatz, doch erwidert die Artillerie des Freikorps ununterbrochen das Feuer. Augenblicklich muß man mit einem kräftigen Vorstoß der Polen rechnen; die Ostbahnlinie ist auf das schwerste bedroht, wenn es den Polen gelingt, Nakel einzunehmen. Das Verhalten der Polen selbst gegenüber Verwundeten ist von viehischer Rohheit. In einem Gefecht bei Rosko, welches bei dem Freiwilligenkorps Brüssow über hundert Mann Verluste forderte, haben die Polen **selbst Krankenträger und Verwundete in bestialischer Weise niedergemacht.**

Die Spartakus-Prozesse.

Heute steht eine Gruppe von 7 Personen vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Macco, und zwar: 1. Tischler Bernhard Heinze, 2. Schlosser Wilhelm Müller, 3. Hoteldiener Alfred Poatsch, 4. Schlosser Reinhold Schünemann, 5. Schlosser Paul Sterdt, 6. Transportarbeiter Karl Timme, 7. Kraftfahrer Gustav Ulrich. Es handelt sich um die Vorgänge bei dem Polizeipräsidium. Vor Eintritt in die Verhandlung erklärt der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld: Ich beantrage die Aufhebung des Termins, weil die Angeklagten eine Ladung zum Termin überhaupt nicht erhalten haben, sondern aus dem Tegeler Gefängnis einfach vorgeführt worden sind. Das Verfahren gegen die Angeklagten in den sogenannten Spartakus-Prozessen muß überhaupt Befremden erregen, denn sie werden schlechter behandelt, als es sonst der Fall ist: sie werden nicht als Untersuchungsgefangene behandelt, sondern in das Gefängnis von Tegel gesteckt. Dadurch wird wird der Verkehr mit ihren Verteidigern erheblich erschwert, zumal auch die Verteidiger im letzten Augenblick — ich beispielsweise erst heute früh — eine Vorladung zugestellt erhalten. Das ist ein ganz unzulässiges Verfahren, das mir Veranlassung gegeben hat, bei dem Oberstaatsanwalt Beschwerde zu erheben. Der Oberstaatsanwalt hat ihre Berechtigung auch anerkannt, denn es heißt in seinem Bescheide: „Auch von mir wird anerkannt, daß die Unterbringung von Untersuchungsgefangenen im Strafgefängnis Berlin-Tegel den Verkehr mit den Verteidigern, zumal bei den jetzigen schwierigen Verkehrsverhältnissen in recht unerwünschter Weise erschwert. Bei der Belegung der in Berlin belegenen Anstalten und den durch die Revolution hervorgerufenen sonstigen Verhältnissen mußte dieser Uebelstand aber in den Kauf genommen werden. Da jetzt eine leichte Besserung eingetreten ist, werde ich dafür sorgen, daß die Gefangenen, die einen Verteidiger haben, nach Möglichkeit dem Untersuchungs- oder Zellengefängnis zugeführt werden." Jetzt ist man dazu übergegangen, den Angeklagten nahezulegen, auf die Innehaltung der Ladungsfrist zu verzichten. Es muß verlangt werden, daß die Termine so zeitig angesetzt werden, daß eine ordnungsmäßige Verteidigung ermöglicht wird. — Staatsanwalt: Die allgemeinen Verkehrsschwierigkeiten sind für diese Dinge verantwortlich zu machen. — R.-A. Weinberg schloß sich den Ausführungen des Mitverteidigers an und beantragte, die von ihm verteidigten Angeklagten aus der Haft zu entlassen. — Vorsitzender: Ich habe einen möglichst kurzen Termin angesetzt, da die Angeklagten in Haft sitzen, die nicht unnütz verlängert werden sollte. — Nach kurzer Beratung beschließt das Gericht, den Antrag auf Haftentlassung der vom R.-A. Weinberg verteidigten fünf Angeklagten abzulehnen, weil mit Rücksicht auf die eventuell zu erwartende Höhe der Strafe Fluchtverdacht besteht; im übrigen aber die Verhandlung zu vertagen. — Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Durch diesen Beschluß hat das Gericht also anerkannt, daß gegen die Angeklagten anders verfahren worden ist, als vom Gesetz vorgeschrieben worden ist. Die Folge dieses ungesetzmäßigen Verfahrens ist eine Vertagung, und es ist nicht zu verlangen, daß die beiden von mir verteidigten Angeklagten darunter Schaden zu leiden haben. Beide haben eine feste Wohnung und so beantrage ich ihre Haftentlassung. — Der Staatsanwalt widerspricht mit dem Hinweise darauf, daß man dem Angeklagten ja später die Untersuchungshaft anrechnen könne. Die Angeklagten bitten sämtlich um Haftentlassung. — Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende: Sämtliche Anträge auf Haftentlassung werden abgelehnt, da wegen der Höhe der eventuell zu erwartenden Strafe Fluchtverdacht gegeben ist. Eine Begründung der Verhaftung mit der Unsicherheit, die jetzt herrscht, ist nirgends gegeben worden, dieser Hinweis des Verteidigers erübrigt sich also. Die Behauptung, daß nicht nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren werde, muß das Gericht ablehnen. Es wird in diesen Sachen nicht anders verfahren, als in anderen Strafsachen, wo im Interesse in Haft sitzender Angeklagten Termine oft schnell angesetzt werden und die Angeklagten auf Innehaltung der Ladefrist verzichten. Das Gericht hat also die Vertagung beschlossen. Wenn von den Angeklagten auf Innehaltung der Ladefrist nun verzichtet wird, könnte die Verhandlung schon diesen Sonnabend stattfinden, andernfalls erst Sonnabend über acht Tage. — Von den Verteidigern und den Angeklagten wird dieser Verzicht ausgesprochen, so daß der Verhandlungstermin auf **Sonnabend, 15. Februar**, angesetzt wird.

Gewerkschaftsbewegung

Streik der Rollkutscher und Speditionsarbeiter.

Die in den Betrieben der Spediteure beschäftigten Rollkutscher und Speditionsarbeiter haben am Montag die Arbeit niedergelegt. Sie fordern die Zahlung einer Entschuldungssumme von 200 M. und eine laufende Teuerungszulage von 34 zu dem jetzigen Wochenlohn von 86 M., so daß der höchste Lohn also 120 M. wöchentlich betragen würde. Die Spediteure sollten bis zum 8. d. M. eine bindende Erklärung abgeben, ob sie zur Zahlung der geforderten Entschuldungssumme bereit seien. Weil eine solche Erklärung nicht abgegeben wurde, erfolgte am Montag die Arbeitsniederlegung. Der Vertreter der Spediteure hat den Vertretern des Transportarbeiterverbandes und den Streikenden gegenüber erklärt, die Verhandlungen könnten erst im Laufe dieser Woche geführt werden; die Gewährung einer Entschuldungssumme würde er den Spediteuren empfehlen; die Höhe der Summe könne ja in den Verhandlungen vereinbart werden. Auch über die Forderung der laufenden Teuerungszulage seien die Spediteure bereit, zu verhandeln. Nachdem der Streik eingetreten war, sagte die Vertretung der Spediteure zu, daß über die Entschuldungssumme und später auch über die Teuerungszulage verhandelt werden sollte unter der Voraussetzung, daß am Dienstag die Arbeit wieder aufgenommen werde. Wenn diese Voraussetzung erfüllt werde, sollte auch der Lohn für den Streiktag bezahlt werden.

Eine am Dienstag vormittag abgehaltene Versammlung der Streikenden lehnte in Uebereinstimmung mit ihren Vertrauensmännern diesen Vorschlag der Spediteure einstimmig ab und beschloß im Streik zu verharren, bis die Entschuldungssumme bewilligt sei.

Zu den Differenzen im Handelsgewerbe.

Den Schiedsspruch des Einigungsamtes haben die Vertrauensleute einstimmig angenommen, dahingegen haben die Arbeitgeber im Handelsgewerbe den Schiedsspruch nicht anerkannt, sondern haben gewünscht, noch einmal mit der Organisation in Verhandlung zu treten ohne das Einigungsamt. Die gestern tagende Vertrauensmännerkonferenz hat einstimmig den Schiedsspruch noch einmal bekräftigt und es abgelehnt, in weitere Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten. Heute abend 7 Uhr findet im Gewerkschaftshause eine allgemeine Handelsarbeiter-Versammlung statt, in der endgültig über den Spruch des Einigungsamtes beschlossen wird.

An die Angestellten der Kriegsorganisationen. Vom Arbeitsausschuß der Angestellten werden wir um Aufnahme vorstehender Erklärung gebeten: Am Donnerstag ist die neunmitgliedrige Verhandlungskommission des Arbeitsausschusses der Angestellten der Groß-Berliner Kriegsorganisationen neu gewählt worden.

Durch diese Wahl tritt in den Verhandlungen über unsere Forderungen eine Verzögerung von einigen Tagen ein. Der Arbeitsausschuß hat jedoch im dringenden Interesse der Angestellten der Kriegsorganisationen es für richtig gehalten, alle zur Einigung der Angestellten erforderlichen Schritte zu unternehmen. Es bedarf keiner Versicherung, daß der Arbeitsausschuß allen weiteren Verschleppungsversuchen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit aller Energie entgegentreten wird.

Die Verhandlungen mit den Behörden sind auf Donnerstag, den 13. Februar d. J. angesetzt worden. Sobald das Ergebnis vorliegt, wird die Plenarversammlung der Obleute einberufen werden.

Groß-Berlin

Die Berliner Stadtverordnetenwahlen.

Aufstellung der Kandidaten der S. P. D.

Gestern abend tagte in der Aula des Friedrichsgymnasiums eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Berlin. Es galt, die Kandidatenliste für die Sonntag, den 23. Februar, stattfindende Stadtverordnetenwahl aufzustellen.

Genosse Ritter wies in seinem einleitenden Referat darauf hin, daß jetzt, im Gegensatz zu den früheren Wahlen, ganz Berlin nur einen einzigen Wahlkreis bildet. Bei der nach den Vorschlägen der Abteilungen zusammengestellten Liste könnten deshalb nicht die besonderen Wünsche der Abteilungen in vollem Umfange berücksichtigt werden, sondern es komme darauf an, die Stadtverordnetenversammlung so zusammenzusetzen, wie es das Interesse der gesamten Bevölkerung Berlins erfordere. An die erste Stelle der Liste, die im ganzen 144 Namen enthält, seien Parteigenossen gestellt worden, die sich seit langer Zeit in der kommunalen Arbeit bewährt haben. Ferner seien für aussichtsreiche Mandate tüchtige Fachleute, wie Aerzte, Juristen, Lehrer usw., aufgestellt, die ihre Fachkenntnisse in den Dienst der Gemeinde stellen könnten. Auch die Frauen seien bei der Aufstellung der Liste entsprechend berücksichtigt worden. Weiter bemerkte der Redner, die Parteigenossen sollten es nicht etwa im Gefühl der Sicherheit unseres Erfolges an rührriger Agitation und Wahlarbeit fehlen lassen.

Nach längerer Diskussion stimmte die Versammlung der vorgeschlagenen Kandidatenliste zu, nachdem einige Aenderungen in der Reihenfolge der ersten fünfzig Personen beschlossen waren. Die Festsetzung der Reihenfolge der übrigen Kandidaten wurde dem Vorstand überlassen.

Die Schießereien in der Weinmeisterstraße.

Von dem Vorsitzenden eines Soldatenrates, der nicht dienstlich, sondern zufällig den Vorgängen beiwohnte, wird uns geschrieben:

Es wäre nicht zu der bedauerlichen Schießerei gekommen und unschuldige Opfer hätten erspart werden können, wenn nicht spartakistische Wühler und Hetzer sowie Leute des Roten Soldatenbundes, wilde Straßenhändler und allerhand lichtscheues Gesindel das Volk in ganz unverantwortlicher Weise gegen die Regierungstruppen aufgepeitscht hätten. Diese gemeinen Anpöbeleien, Beleidigungen und Mißhandlungen konnten und durften sich die Truppen nicht gefallen lassen.

Die Durchsuchungen erfolgten zu Recht, ebenso die Absperrungen und die damit verbundenen Maßnahmen. Die Zustände in hiesiger Gegend können und dürfen nicht so weitergehen; dies ist jedem vernünftigen Menschen klar. Sie waren schon in Friedenszeiten traurige, während des Krieges schauderhafte und sind jetzt nach der Revolution ganz unhaltbare geworden. Man frage nur die Bewohner der Weinmeisterstraße, die gar nicht mehr Herr ihrer Häuser sind, denen jeder Lebensnerv abgeschnitten wird und die, wenn sie sich nicht Insulten aussetzen wollen, obendrein noch den Mund halten müssen.

Sollen diese Zustände nicht so weitergehen, mußte eben mal nach den vielen fruchtlosen Versuchen energisch durchgegriffen werden. Es handelte sich auch nicht allein um Beseitigung der wilden Straßenhändler und Glücksspieler, um die Wohnungsdurchsuchungen nach Waffen, sondern zur Hauptsache auch um die Feststellung von Wucherern, Lebensmittelschiebern, Schleich- und Brotkartenhändlern. Hierzu kommen noch die zahlreichen in dieser Gegend wohnenden russisch-polnischen und galizischen Händler, die in letzter Zeit einen schwunghaften Handel mit 100- und 1000-Markscheinen nach dem feindlichen Ausland betreiben, die, während das deutsche Volk hungerte und darbte, herrlich und in Freuden lebten und noch leben. Sollen wir gesunden Zuständen entgegengehen, muß solchen Elementen das Handwerk gelegt werden. Wer das nicht versteht oder nicht verstehen will, versündigt sich an seinen Mitmenschen.

An der Ausübung dieser Tätigkeit wurden die Truppen durch gewisse Elemente gehindert. Die Truppen haben ihre Pflicht und Schuldigkeit tun wollen, und zwar im Interesse derjenigen, die sich endlich nach Ruhe, Frieden, Ordnung und Brot sehnen. Die Schuld fällt einzig und allein auf die Hetzer und Aufwiegler. Diese tragen die Schuld an den unschuldigen Opfern, die jeder Mensch beklagen wird. **Kameraden, die ihre Pflicht für die Allgemeinheit tun, haben nicht nötig, sich in der gemeinsten Weise beschimpfen und mit Ziegelsteinen und anderen Klamotten bewerfen und hinterhältig beschießen zu lassen.**

Hausdurchsuchungen nach Waffen, die in den nächsten Tagen in Spandau stattfinden sollen, beschäftigten die dortige letzte Vollversammlung der Soldatenräte. Die Unabhängigen hatten verlangt, damit bei den Hausdurchsuchungen nicht die Uebergriffe vorkommen sollten wie in Berlin, daß der Vorstand des Soldatenrats für die etwa eintretenden Schäden verantwortlich gemacht werden müßte. Der Vorstand lehnte die Verantwortung ab, bat jedoch die Soldatenräte, sich an den Tagen der Hausdurchsuchungen der Kommandantur zur Verfügung zu stellen. Die Durchsuchungen werden von älteren, gewissenhaften Mannschaften durchgeführt und alles, was die Einwohner verletzen kann, soll nach Möglichkeit vermieden werden. Die Truppen für die Absperrungen werden jedoch von den Freikorps gestellt. Der der Vollversammlung der Soldatenräte anwohnende Kommandant erklärte, daß die Einwohnerschaft Spandaus selbst die Durchsuchung der Häuser nach Waffen gefordert habe, um so mehr, als festgestellt worden sei, daß tatsächlich noch viel Waffen und Munition sich in den Händen gewisser Kreise der Einwohnerschaft befänden. — Ferner wurde noch ein Antrag gegen die Stimmen der Soldatenräte der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angenommen, wonach das bis jetzt als Volkswehr bezeichnete Kommando des Sicherheitsbataillons mit dem Sitze in der Zitadelle anerkannt wird und daß dieses Kommando unmittelbar der Kommandantur unterstehen solle. Diese Volkswehr ist von gedienten Mannschaften zusammengestellt, die durch ihre Entlassung arbeitslos geworden, jedoch für den Schutz der Stadt unbedingt zuverlässig sind. Schließlich wurde ein Mißtrauensvotum, das die unabhängigen Soldatenräte dem Kommandanten wegen unsozialistischer Geschäftsführung aussprechen wollten, von der Mehrheit abgelehnt. Man einigte sich aber schließlich dahin, daß ein Mitglied des Vorstandes der Soldatenräte zur Gegenzeichnung der Kommandanturbefehle nach der Kommandantur abgeordnet wird.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Schöneberg. Mittwoch, den 12. Februar, abends 7½ Uhr, finden zwei öffentliche Kommunalwählerversammlungen statt. 1. In der Aula der Hohenzollernschule Belziger Str. 48/53. 2. In der Aula der Chamisseschule am Barbarossaplatz.

Prin. Mitgliederversammlung Mittwoch, den 12. Febr., abends 7 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule Bürgerstraße 23. Aufstellung der Kandidaten.

Hermsdorf. Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im „Alten Forsthaus", Auguste-Viktoria-Straße, Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. R. Neunzig: Das Erfurter Programm. Diskussion. Gäste willkommen.

Freitag, den 14. Febr., abends 7½ Uhr, bei Seffler, „Waldschlößchen", Oeffentliche Volksversammlung. Vortrag des Gen. Damer: Unsere Aufgaben in der Gemeindevertretung. Freie Aussprache.

Oberschöneweide. Mittwoch, den 12. Februar, abends pünktlich ½8 Uhr, bei Drake, Wilhelminenhof-, Ecke Marathstraße: Mitgliederversammlung. Stellungnahme zur Gemeindevertreterwahl und Aufstellung der Kandidaten. Aufnahme von Mitgliedern.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Rixdorf; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin

SW 68, Lindenstraße 3, Hof II, 3 Tr.

Mitgliederversammlungen

der Abteilungen am Mittwoch, den 12. Februar, abends 7 Uhr,
in folgenden Lokalen:

7. Abt. Schulaula Wilmsstraße 10.
Referent: Genosse Dittmer.
26. Abt. Bürgerheim, Alte Schönhauser Straße 23/24.
29. Abt. Burg, Prenzlauer Straße 189. 197/11

„Vorwärts"leser und Anhänger der Mehrheitspartei sind als Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Geschäfts-Bücher — Amerikanische Journale
Büro-Artikel
Gebr. Scherk, Köpenicker Straße 108.
Amt Moritzpl. Nr. 3481, 3482, 3483.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten
bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie und des Handels steht bevor und es werden überall
geschulte Kräfte gesucht
sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, am teilnehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfach. Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnasch-Hachfeld", 845. starke Broschüre kostenlos.
Bonness & Hachfeld, Potsdam
Postfach 197.

Friedensplano 1250.—
hochelg. jetzt. Nußbaumplano 1900,—, schwer eichenes (Drechsler) 2500,—, eleganter Konzertflügel 2800,—, schwarzer Stutzflügel 1000,—, verkauft Grafl. Oranienstr. 168, 3 Tr.

Suche Piano.
Asser, Flensburger Straße 1. Tel.: Moabit 7310.

Möbel
extra billig.
Eich. Schlafzimmer
m. 3t. Schrank m. Spiegel u. Wäsche-Einrichtung
1795 Mark an.
Küchen
lasiert und farbig
375 Mark an.
Ruhebetten
mit Stoff 1302*
u. **150** Mark an.
Lagerung kostenlos.
Zahlungserleichterung auf Wunsch.
Stolzmann
Berlin SW,
Belle-Alliance-Str. 100,

Echter
Kautabak
in Rollen u. Stangen stets vorrät.
Für Wiederverkäufer besonders günstige Preise.
Arthur Carbe,
1. Filiale: Alte Schönhauserstr. 3 Ecke Linienstraße,
2. Filiale: Chausseestraße 15, Ecke Müllerstraße.
Zentrale: Bergstraße 37.

Stoffe 1611.* für
Herren-Anzüge
Damen-Kostüme
Meter 30.—, 40.—, 60.—, 80.—
Tuch-Lager
Koch & Seeland G.m.b.H.
Verkaufszeit von 9—2 Uhr.

Mandoline, Laute,
Gitarre, Wandermandoline 45,—, erstklassige 85,—, Konzertlaute 125,—, 145,— (Unterricht 8,—, Monatshonorar, event. 10-stündige Schnellkurse). Künstlervioline mit Zubehör 125,—, Konzertgeige 75,—. Ernst, Oranienstr. 166, III.

Alkoholfreie
Punsche
Glühtrank
rot Liter 2.50 M.
Grogtrank
gelb Liter 2.65 M.
Preise inkl. Steuer.
Alkoholfreie Heißgetränke mit punschähnlichem Geschmack unter Verwendung von Wein hergestellt. Kein Zucker erforderlich! 1 Teil Extrakt, 2 Teile siedendes Wasser ergeben ein herrliches süßes Getränk.
H. Krömer, Berlin
Oranienburger Str. 66
Verkaufsstellen:
Reinickendorfer Str. 109.
Andreasstr. 73.
Pomularer Str. 76.
Petersburger Str. 88.
Birkenstr. 28.
Windscheidstr. 28, Ecke Kantstr., am Bahnhof Charlottenburg.
Neukölln, Berliner Str. 76.
Versand nach außerhalb in Korbflaschen von 5, 10 und 25 Liter.

Hoher Verdienst!
Nach neuem Verfahren wird erfolglos behandelte
Räude bei Pferden
in wenigen Stunden gefahrlos unter Garantie geheilt. **Vertreter,** der mit Pferden umzugehen versteht, kann Lizenz für Provinz Brandenburg erwerben — Umgehend zu wenden an **C. Driver,** Pferdespezialist, Süderbrarup i. Schleswig.

Möbel
Jeder Art preiswert
Große Auswahl
Möbel-Lechner
BERLIN
Brunnenstraße 7,
Nähe Rosenthaler Platz.
Teilzahlung gestattet.

Ich bin die bekannte
Magnet-Lampe
die ohne Batterie brennt
(Ich leuchte, sobald an der Kette gezogen wird.)
Für 20 Mk
bin ich zu haben.
Schreiben Sie nur an
Alfred Kraus
Berlin NO 55
Lippehner Str. 6

In- und Verkauf von Juwelen,
große Brillanten, Perlen, Platin u. echtes Edelstein-Schmuck kauft
a. graf & Co., G.m.b.H.
Berlin, Kanonierst. 9*

Füllet die Reihen!

Für des Reiches Schutz! Für der Heimat Wohl!
Tretet ein ins
Freikorps Hülsen!

Korpsabzeichen: Goldenes Eichenlaub am Kragen.

Bedingungen:
Mobile Löhnung, 5 Mark Tageszulage, freie Unterbringung, Verpflegung u. Ausrüstung, Familienunterstützung läuft weiter.

Werbezentrale:
Charlottenburg, Luisenplatz 5b, Luisencafé, Untergrundbahnstation: Wilhelmsplatz.

Werbestellen:
Werder a. d. Havel, Torstraße 177.
Berlin, Hardenbergstraße 27, Soldatenheim.
„ Tauentzienpalast.
„ Spittelmarkt, Aschinger.
„ Belle-Alliance-Straße 22.
„ Café Bauer, Unter den Linden.
„ Frankfurter Straße 37.
„ Potsdamer Platz 1a.
„ Alexanderplatz 2.
„ Chausseestraße 1.
Abt. Grothe, Sophie-Charlotte-Str. 52a.
Wilmersdorf, Kaiserplatz 7.
Potsdam, Husarenkaserne (Zimmer 79).
Köpenick, Stadt Magdeburg, Schloßplatz.
Friedrichsfelde, Wilhelmsplatz 17, Schloßrestaurant.
Oberschöneweide, Rathausstr. 3, Restaurant Kürsten.

Rgt. Reinhard
(Abteilung Lüttwitz)
braucht:
Infanteristen, Kavalleristen, Artilleristen;
ferner:
Schuhmacher, Schneider, Fernsprecher, Elektrotechniker Schlosser, Fahrer.
Bedingungen für die Dienstzeit: Gehalt oder Löhnung des Dienstgrades, 5 M. Tageszulage freie Verpflegung, Unterkunft. — Angenommen werden nur zuverlässige, pflichttreue und entschlossene Kameraden.
Meldestelle:
Kriminalgerichtsgebäude, Rathenower Str. 79.

DEUTSCHE

schützt Land und Zukunft mit der Waffe. Die Deutsche

SCHUTZDIVISION

31. Inf.-Div. Abt. Lüttwitz braucht Euch
Mobile Löhnung, 5 Mark Tageszulage, Unterkunft u. Verpflegung
Werbebureaus: **Hardenbergstr. 18**
W, Potsdamer Str. 26, Halensee, Westfälische Str. 50,
SW, Tempelhofer Ufer 21, NW, Rathenower Str. 8a
1108* gegenüb. d. Kriminalgericht.

Ostmark in höchster Gefahr!
Grenzabschnitt Bromberg
bittet alle Freiwilligen sich sofort **Berlin N, Friedrichstraße 112a II,** zu melden. 1120R*
Bekannte Bedingungen.

Luftschiffer!

Für Ballonzüge im Grenzschutz Ostpreußen und Schlesien werden noch gebraucht: **Beobachtungsoffiziere, Zugführer, Unteroffiziere und Mannschaften mit Fronterfahrung.** Bedingungen wie allgemein für den Grenzschutz bekanntgegeben. Meldungen sobald als möglich für den Grenzschutz Ostpreußen bei Luftschiffer-Bataillon 5, Königsberg. — Für Grenzschutz Schlesien bei Luftschiffer-Bataillon 1, Reinickendorf.

Fahrscheine vom Bezirkskommando ausstellen lassen. Militärpapiere und Uniformstücke mitbringen.
120/13* **Inspektion der Luftschiffertruppen.**

Freiwillige
aller Waffengattungen!
Meldet Euch sofort zum
Schutz Oberschlesiens
beim Freiwilligen-Detachement „Tüllmann",
Siemens-Oberrealschule,
Charlottenburg, Sophie-Charlotte-Platz.
102/20

Möbel-Angebot.
Solide Möbelfirma liefert **Spezial-Ein- u. Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel** gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Off. W. 1 an die Exped. d. „Vorw". **Keine Kolporteure.** Größte Auswahl.

Technikum Strelitz (Mecklenburg).
Gesamtes Ingenieur-, Bautech. Beginn 7. Apr., 10. Okt. Kriegsbeschädigt. Erlassen. Programm umsonst.

Moderne Kraftdroschken
mit Friedensnummern sofort abzugeben. Reflektanten erfahren näheres durch S. D. 237, Rudolf Mosse, Frankf. 1. 94/15*

Stottern
Stammeln, Lispeln, Nervosität und Angstgefühl vor dem Sprechen, Atemnot etc. beseitigt gründlich
Dr. Schraders Spezial-Institut für Stotterer etc. 1072
Berlin W, Lützowstr. 30. Spr. 3–8 Uhr.
Jeder, der stotternd eintritt, erhält einwandfreie natürl. Sprache.

Trauer-Bekleidung
für Damen und Mädchen.
Stets wohlausgestattete moderne Lager.
Oskar Wollburg
Brunnenstr. 56 u. 57
Gegründet 1896.

„Fredy"
Zigaretten-Vertrieb
Brunnenstr. 17.
Zigaretten, per 1000 170 M. an.
Zigarren, per 1000 500 M. an.
Kautabak zu Tagespreisen.
Fernruf: Norden 2343.
Größere Posten werden abgegeben. 1811.

Möbelkauf
sehr günstig
bei 87.13*
J. Rubin
Neue Schönhauser Str. 18

Ersatz für Hartgummi u. Horn.
Ebenbürtig durchgeführte Holz-Massenartikel, gefällt oder fertig bearbeitet, liefern in vorzüglicher Ausführung
W. Dölken & Co., G.m.b.H.,
Abt. Holzbearbeitungswerke,
Werden-Ruhr. 25/10*

„Kaddolin"
das 100fach bewährte Mittel
gegen Bartflechte
sowie jeder Art Flechten, wirkt schnell, auch in alten Fällen.
Viele Anerkennungen und Dankschreiben.
Probeflasche 4 M., ½ Flasche 6,50 M.
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien, wo nicht direkt bei 1421*
W. A. Müller & Co.,
Berlin-Friedenau,
Kaiser-Allee 103.
Versand gegen Nachnahme.

---

10 000
Reklamezettel 10.—
Buchdruckerei Rund
Palisadenstr. 103
Anfertigung sämtl. Drucksachen

Lutherstraße.
Hier haben wir ein sehr solides Schlafzimmer mit vornehm ausgestatt. Wohnungen von 7 u. 8 Zimmern zu dem Preise v. M. 455 000.— zu verkauf. Günstige Rentabilität, welche durch Bebauung des Gartens noch verbessert werden kann.
Isr. Schmidt Söhne,
Leipzigerst. 112, C. Mauerst.
Zentrum 1300—3.

Kastenwagen
und alle anderen Kraftwagen gebraucht, billigst. Groß. Verm. **O. Wegner,** Köpenick, St. 71

Ein grauer Kopf
macht 10 Jhr. älter! Graue Haare erhalten sofort ihre frühere Farbe echt u. naturgetreu wieder durch mein garant. unschädl. „Alcoier". In allen Farben erhältlich Flasche M. 4,—, 6,— u. 9,—. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Möbel
Schlafzimmer 675—6850 M.
Speisezimmer 945—7120 „
Herrenzimm. 982—6000 „
Wohnzimmer 735—4620 „
Kücheneinricht. 397—1453 „
500 gediegene Einrichtungen lieferbar vorrätig.
Franko-Lieferung. Aufklär. Drucksachen gratis.
Höffner
Möbel-Großhäuser
Berl. 22, Veteranenstr. 11-13

Heilanstalt
für moderne ambulatorische Behandlung

mit den besten und modernsten Apparaten für elektrophysikalische Bäder- u. Naturheilmethode. Die wissenschaftlich anerkannte und glänzend bewährte Behandlung mit den „Künstlichen Höhensonnen" als Ersatz für Behandlung in den Hochgebirgs-Sanatorien. Die „Künstliche Höhensonnen"-Behandlung ist das beste und neueste Heilverfahren bei allen Erkrankungen der Lunge und der Atmungswege, speziell bei Lungenschwindsucht und Tuberkulose jeder Art, chirurgischer sowie innerer. Die hiermit erzielten Heilerfolge sind unbestreitbar. Daneben kommen die modernsten und besten Heilapparate und Methoden zur Anwendung, z. B. Röntgen-Behandlung und -Untersuchung, Elektromagneto-Therapie, sämtliche medizinischen Bäder sowie Kräuterbäder, Inhalation von reinem Sauerstoff und innerlicher Gebrauch von Sauerstoff-Präparaten, medizinotherapeutische u. homöopathische Behandlung 2c. — Durch die angeführten Heilfaktoren werden in unserer Heilanstalt hauptsächlich bei chronischen Krankheiten unbestreitbar die besten und dauernsten Heilerfolge erzielt; selbstverständlich nur bei gründlicher Durchführung der Kur, die ohne Berufsstörung durchgeführt werden kann. — Mit bestem Heilerfolge werden behandelt: Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden; Nervenschwäche, nervöse Kopfschmerzen, allgemeine Nervosität, allgemeine nervöse Ueberspannung; Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtliche Ausschläge; Flechten, Wunden, Geschwüre; Lähmungen sowie Kinderlähmung; Stoffwechselkrankheiten, Zuckerkrankheit; Haut-, Harn- und Unterleibskrankheiten. — **Freiwillige, dringliche und mündliche Anerkennungen früher behandelter und geheilter Patienten,** die angaben, vor der Behandlung in unserer Anstalt **anderweitig ohne Erfolg** behandelt worden zu sein: z. B.: 1. und 2. schreibt Herr Lehrer **Jielske** aus Jahnsbrück bei Jessen am 21. Dezember 1913: „Nachdem ich in einem Gebirgs-Sanatorium für Lungenkranke 4 Monate ohne Erfolg behandelt worden bin, habe ich in Ihrer Heilanstalt wieder Heilung gefunden und wurde vom Kreisarzt, der mich vorher für dienstunfähig erklärt hatte, nach erneuter Untersuchung wieder für dienstfähig befunden. Seit dem 16. Oktober 1913 erteile ich 4 Stunden ununterbrochen Unterricht. Dies schreibe ich Ihnen ohne jegliche Beeinflussung Ihrerseits. Auch meiner Frau, die bei Ihnen behandelt wurde, geht es ausgezeichnet (gut an Rheuma. Heilschriftenverleitung)." — Herr Werkmeister **P. Döker,** Berlin, Utrechter Str. 25, schreibt: „Nachdem ich mehrere Wochen in einer ärztlichen Klinik ohne Erfolg behandelt worden war und mir schließlich der rechte Arm abgenommen werden sollte, habe ich mich in letzter Not an Ihre Anstalt gewandt und bin mit 45 Behandlungen von meiner **Blutvergiftung und Verkürzung des rechten Armes und der Hand** geheilt worden." — 4. Frau Magistratsassistent **Herrmann** aus Pankow, Tauziger Str. 14, schreibt: „Ich bin von meinen **Magengeschwüren** mit 30 Behandlungen völlig in Ihrer Anstalt geheilt worden, nachdem ich 12 Jahre lang anderweitig ohne Erfolg behandelt worden war. Ich fühle mich so wohl und gesund, wie ich noch nie gefühlt habe." — 5. Herr Fabrikbesitzer [illegible], Berlin, Wiesenstraße 11 (jetzt [illegible]) schreibt: „Meine Töchter, meine Schwester, meine Frau und ich sind in Ihrer Anstalt geheilt und gebessert worden: die Mutter von chronischem **Magenleiden,** die Schwester von **Kopfschmerzen und Schwindelgefühl,** meine Frau von **Herz- und Magenleiden** und ich von **allgemeiner nervöser Abspannung.**" — 6. Frau Rechnungsrat **Hacklig,** Berlin, Schönhauser Allee 87, schreibt: „Ich bin vor mehreren Jahren bei Ihnen von **Herzleiden und Basedowscher Krankheit** geheilt worden. Aus Dankbarkeit habe ich Ihnen viele Patienten mit gleichem Leiden empfohlen. Sollte sich irgend ein Leiden bei mir bemerkbar machen, so werde ich gleich sofort wieder an Sie wenden." — 7. Herr **M. Jesse,** Kempnerhof, Kaiserin-Augusta-Straße 67: Von 5 Monate alter, stark eingeengter, breiter **Operations-Bauch- und Darmfistel** geheilt (vorher zweimal operiert). — 8. Herr **W. Herrmann,** Rahnsdorf, Dorfstr. 9: Von **tuberkulöser Drüsen- und Rippenfellvereiterung** geheilt. — 9. Herr **M. Schulz,** Charlottenburg, Spandauer Berg 21: Von **Bronchialasthma** geheilt (endgültige Heilung 9 Monate später bestätigt). — 10. Frau **M. Dorneweng,** Berlin-Treptow, Grenzstr. 6: Von **Nerven- u. Blasenleiden** geheilt. — 11. Frau **Sarowsky,** Berlin, Gneisenaustraße 114: Von **Unterleibsleiden** und **Fingervereiterung** geheilt (Finger sollte abgenommen werden). — 12. Herr **P. Warnkow,** Schöneberg, Eberstr. 56: Von **allgemeiner Neurasthenie, Herz- u. Magenneurose** und **Angina** geheilt (vorher Professor Nonnenbruch). — 13. Frau **L. Freund,** Charlottenburg, Uhlandstr. 50: Von **Venenentzündung im Unterschenkel** geheilt. — 14. Frau **A. Neubauer,** Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 81, 1. Treppe: Von **Kopfschmerzen** in der Hitze und Unfähigkeit zum Gehen geheilt. — 15. Frau **E. Hodorf,** Berlin, Kaiserin-Augusta-Straße [illegible]: Von **Nerven- u. Magenschwäche-Entzündung (vollständig geheilt)** geheilt. — 16. Frau **M. Knoye,** Lichtenberg, Scharnweberstr. 62: Zu verschiedenen Malen von akuten und chronischen Leiden geheilt, u. a. von **Herzschwäche, Ischiasschmerzen u. Nervenleiden.** — 17. Frau **M. Gutbauer,** Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 101: Von allgemeiner Nervosität, **Ischiasschmerzen und Gallensteinen** geheilt (nach langer Behandlung übergang von 18 Heilanstalten). — 18. Familie **Kirchner,** Steglitz, Albrechtstraße 107: Vier Personen von der Jugend an geheilt, gern zu Auskunft persönlich bereit. — 19. Frau **A. Wunderlich,** Berlin, Schwedter Straße 250: Von **Magen- und Darmgeschwüren** geheilt. — 20. Frau **E. Regler,** Berlin, Kastanienallee 5: Von **Nervenschmerzen im ganzen Körper** geheilt. — Getrennte Behandlungsräume für Damen u. Herren! — Sprech- u. Behandlungszeit: 9—1, 4—7½. — Sonn- und Feiertags 8—1.

Aerztliche Anstaltsleitung:
Heilanstaltsbesitzer
Professor P. Mistelsky
graduiert und approbiert im Ausland
Berlin SO. 16, Brückenstr. 10g
am Bahnhof Jannowitzbrücke.

Ansteckung
durch die Mundhöhle (Influenza, Grippe usw.) verhütet man durch täglichen Gebrauch von **Chlorodont.**
Hervorragend gegen Zahnfäulnis. Erlangung blendend weißer Zähne und Beseitigung von Mundgeruch. Überall zu haben.

Zurück 25/10
Dr. Richard Blum
Oranienstraße 10.
Sprechstunde 4—5 Uhr.

Gegend Bayerischer Platz
Ein Neubauhaus mit Wohnungen von 2 bis 6 Zimmern, m. Warmwasserverf. u. elektr. Licht ist für M. 360 000.— bei einem Mietsertrage von M. 31 500 zu verkaufen. 1318
Isr. Schmidt Söhne,
Leipzig. St. 112 C. Mauerstr.
Fr. 12600—3.

Scheuertücher
reine Friedensqualität, 55×70 cm à M. 2,05. Probe-Dugend M. 23,50 fr. Nachnahme.
Eberhardt, 11065
Berlin O 34, Frankfurter Str. 58.

Fleisch!
immer noch knapp. Beste Verwertung durch Fleischhackmaschinen. Zu hab. bei
W. A. O. Casten,
Alexanderstraße 51, 52.

Sportpelze
Gelegenheiten von **400 M.** an.
Blauer Bazar
Kaiser-Wilhelm-Straße 16 am Alexanderplatz.

Mandolinen-, Lautenspiel,
Gitarrenspiel, 8-Monats-Kurse zur gründlichen Ausbildung, 4,— Monatshonorar (10-stündige Schnellkurse). Sehr zufriedenstellende billigst. Kinder-, Violinen-Schnellkurse. 1745*
Grafl. Oranienstr. 166, III.

Charlottenburg.
3 Min. vom Bahnhof entfernt, in vornehmer, ruhiger Lage, haben wir ein modern. mit gediegen. Luxus ausgestattetes **Zinshaus** zu verkaufen. Das Haus enth. nur Vorderwohnungen von 3, 4 und 6 Zimmern, die mit allen modern. Einrichtung versehen sind. Bei einer Mietseinnahme v. M. 50 000 noch verhältnismäßig billig. Mieten stellt sich der Preis auf **M. 625 000.—.**
Isr. Schmidt Söhne,
Leipzig. St. 112 C. Mauerstr.
Fr. 12600—3. 1362